

Halbzeitbilanz der SPD-Fraktion im Neufahrner Gemeinderat

Viel erreicht, viel zu tun – und ein paar Bauchlandungen

Ein Resümee aus Sicht der drei SPD-Gemeinderätinnen Manuela Auinger, Ulla Schablitzki und Beate Frommhold-Buhl.

Bezahlbares Wohnen war nicht immer ein zentrales und gewolltes Thema in unserer Gemeinde – für die SPD Neufahrn aber schon. Mit Informationsveranstaltungen und Gesprächen während vieler Jahre haben wir



die Notwendigkeit, erschwingliche Wohnungen zu bauen, immer wieder in den Fokus gerückt und eigene Anträge dazu gestellt. Das Ergebnis: In unseren Baugebieten entstehen nun überall öffentlich geförderte Wohnungen, auch gegen die Widerstände einiger Anwohner, die dafür kein Verständnis aufbringen. Es entstehen außerdem Dienstwohnungen für das Personal unserer Kindertagesstätten und günstige, barrierefreie Seniorenwohnungen.

Gescheitert sind wir leider mit der Einführung eines Neufahrner Mietspiegels und der Forderung, dass sich die Gemeinde selbst verpflichtet, 20-30 Prozent der neu geplanten gemeindeeigenen Wohnflächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu verwenden.

- Im Jahr 2011 gingen wir mit einem Konzept für Wirtschaftsförderung und der Forderung nach einer Stelle für professionelle Wirtschaftsförderung an die Öffentlichkeit. Zunächst gab es dafür Unverständnis und Ablehnung, dann diverse untaugliche Versuche, doch der lange Atem zahlte sich aus: Neufahrn hat nun einen Wirtschaftsförderer, und da das mittlerweile vorgestellte Konzept genau unsere Schwerpunkte enthält, können wir sehr zufrieden sein.

- Ausreichende und gute Kinderbetreuung für jedes Alter ist eine enorme Herausforderung. Umgesetzt wurden zwar unsere Langzeitforderung nach integrativen Gruppen (Kindergarten Zauberwald), sowie nach einem Standort für die Tagespflege der Nachbarschaftshilfe und dem Bau weiterer Krippen und Kindergärten. Doch schöne Gebäude alleine sind nicht das Allheilmittel, wie sich auch in diesem Jahr wieder zeigt. Gebraucht wird dringend Personal.
- Zurzeit ist es unser Anliegen, auch im Hort integrative Plätze einzurichten, im Planungsstadium.
- Drei Referentinnen stellen wir drei Gemeinderätinnen, für die Bereiche Jugend (Ulla Schablitzki), Sport (Manuela Auinger) und Soziales (Beate Frommhold-Buhl). Inzwischen wurde die Sportlerehrung nach

15 Jahren wieder eingeführt, eine Jugend- und eine Seniorenbefragung sind in der Auswertung, der Sozialbeirat wurde wieder zum Leben erweckt und Neufahrn hat eine Kleiderkammer für NeufahrnerInnen mit klei-

nem Geldbeutel.

Vieles, was bei unserer Aktion „Wir müssen reden“ angesprochen wird, bringen wir in unsere Arbeit ein. Zum Beispiel eine Regelung des Wildparkens auf dem Parkplatz am Keltweg, oder die Idee, am Mühlsee eine attraktive Feuerstelle einzurichten.

Gescheitert sind wir zu unserem Bedauern mit einem Antrag, den Christkindlmarkt noch besucherfreundlicher zu gestalten. Weitere Verbesserungen waren unerwünscht.

Gescheitert sind wir außerdem mit einem Änderungsantrag zur Plakatierung bei Wahlen, wir wollten den Wildwuchs der Plakatständer eindämmen. Durch einen kuriosen Abstimmungsmarathon erhielt keine Änderung eine Mehrheit, so bleibt alles beim Alten.

Rückblickend können wir sagen: „Was lange währt, wird manchmal doch noch gut“, oder: „Geduld und Hartnäckigkeit zahlen sich aus“.

Wir halten Sie gerne über unsere kommunalpolitische Arbeit auf dem Laufenden.

Beate Frommhold-Buhl

CDU & CSU OHNE HALTUNG

Bayernplan? Keinen Plan? CDU & CSU wollen gemeinsam Wahlkampf machen. Was sie wirklich vorhaben, bleibt offen. Ein Beispiel...

CDU vs. CSU	SPD
CSU: Ja zur Obergrenze für Flüchtlinge.	Wir brauchen eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in ganz Europa.
CDU: Nein zur Obergrenze.	
CSU: Doch!	
CDU: Nö!	

HALTUNG HAT EINE FARBE. SPD.

Herausgeber: SPD-Ortsverein V.i.S.d.P.: Karlheinz Warth, Amseilweg 13, 85375 Neufahrn, Gestaltung: Ingrid Schöfer, Druck: Druckerei

P.I.N.

Politik in Neufahrn

Sept. 2017—35. Jahrgang

Zeit für einen Wechsel im Kanzleramt

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Neufahrn,

mal wieder stehen Wahlen ins Haus, mal wieder stapeln sich Werbematerialien in den Briefkästen und Plakatständer an den Straßenrändern. Im Fernsehen, auf Veranstaltungen und am Küchentisch wird diskutiert, wen man wählen sollte, oder wen auf keinen Fall. Vielleicht gehören Sie zur Stammwählerschaft einer bestimmten Partei und haben sich schon vor Wochen festgelegt. Umfragen sagen aber, dass sich mehr als ein Drittel der Wähler erst ganz knapp vor der Wahl entscheidet. Aus diesem Grund erhalten Sie diese Ausgabe des „P.I.N.“ und können sich auf den folgenden Seiten über unser Wahlprogramm, unseren Direktkandidaten Andreas Mehlretter und Martin Schulz, unseren Kanzlerkandidaten, informieren.

Martin Schulz tritt an, der nächste Bundeskanzler zu werden, und fordert Angela Merkel heraus. Martin Schulz will die Führung der nächsten Bundesregierung übernehmen, um eine neue und gerechtere Politik zu erreichen. Mit ihm wird es kein einfaches „Weiter so!“ geben.

Zwar wurde in der großen Koalition durch die SPD viel erreicht, zum Beispiel der gesetzliche Mindestlohn und die Rente nach 45 Beitragsjahren, und mit der „Ehe für alle“ wurde etwas rechtlich verankert, das längst gesellschaftliche Realität war. Aber es konnten auch viele, für unsere Zukunft wichtige Projekte nicht vorangetrieben werden: Die Energiewende stagniert, die Digitalisierung läuft schleppend. Zu geringe Investitionen, u.a. in Schulen und Nahverkehr, führen dazu, dass unser jetziger Wohlstand langfristig gefährdet ist. Viele empfinden die aktuelle Belastung von mittleren und kleinen Einkommen als ungerecht. Besonders von Seiten der CSU wurde unter Regie der Kanzlerin jede Verbesserung in diesen Bereichen blockiert. Angela Merkel setzt damit unsere Zukunft aufs Spiel. Martin Schulz möchte hier mit einer anderen, zukunftsorientierten Politik das Land voranbringen.

Die Ziele der SPD für unser Land sind klar formuliert:

- **Gerechtigkeit:** Jeder soll die gleichen Chancen auf beste Bildung und Ausbildung, gute Jobs und ein würdevolles Leben im Alter haben. Die SPD kämpft für eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander da sind und in Frieden leben können.
- **Zukunft:** Eine friedliche Zukunft mit einer sauberen Umwelt, mit guter Bildung, sicheren Jobs, Zeit für die Familie und einer verlässlichen Rente. Mit ausreichend Raum für Kunst, Kultur und Sport. Wir können nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn wir in eine fortschrittliche Wirtschaft und in Forschung investieren.



Foto: Benno Kraehahn

- **Europa:** Ein Europa, das auf Abrüstung, Entspannung und auf die friedliche Lösung von Konflikten setzt. Ein Europa, das Hunger und Armut in der Welt bekämpft und für eine gerechte Entwicklung und Menschenrechte weltweit eintritt. Ein Europa, das nach außen stark ist, weil es eine gerechte, solidarische Gemeinschaft bildet.

Wählen Sie am 24. September für die Zukunft unseres Landes Martin Schulz und die SPD.

Herzliche Grüße,

Lukas Schablitzki, 2. Vorsitzender der SPD Neufahrn

Bundestagskandidat Andreas Mehlretter: Meine Schwerpunkte für den Bundestag

Weichen stellen für eine bessere Zukunft

Deutschland steht wirtschaftlich auf stabilen Füßen. Damit das auch so bleibt, müssen wir aber jetzt die richtigen Weichen stellen, anstatt wie in den letzten Jahren von der Substanz zu leben. Wir brauchen eine große Investitionsoffensive, um unsere Infrastruktur für die kommenden Herausforderungen vorzubereiten: Unsere KiTas, Schulen und Unis müssen auf Vordermann gebracht, Schienennetze ausgebaut und Straßen erhalten werden. Wenn wir bei der Digitalisierung nicht den Anschluss verlieren wollen, müssen wir endlich flächendeckende Glasfasernetze schaffen. Und auch das einstige Vorzeigeprojekt Deutschlands, die Energiewende, ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten – wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir beim Verkehr den Umstieg auf öffentlichen Personennahverkehr und Elektromobilität schaffen und beim Strom die dezentrale Energiewende durch Genossenschaften wieder unterstützen.

Ebenso wichtig für unsere Zukunft ist eine gute, soziale und starke EU. Nur gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten können wir der Globalisierung Regeln geben und einen bedeutenden Beitrag zu Frieden in Krisengebieten und Schutz vor Terrorismus leisten.

Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit

Auch wenn es unserem Land insgesamt gut geht, sind die Zuwächse bei Einkommen und Vermögen seit zwei Jahrzehnten sehr ungleich verteilt. Deshalb müssen wir mit einer gerechten Politik dafür sorgen, dass wir wieder allen Menschen in unserer Gesellschaft ein gutes Leben ermöglichen und sie bei Schicksalsschlägen und Arbeitslosigkeit absichern.

Entscheidend für mehr soziale Gerechtigkeit ist die Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen. Dafür müssen wir die Einkommensteuer anpassen, Sozialabgaben für Geringverdiener senken und die Arbeitgeber wieder den gleichen Anteil zur Krankenversicherung leisten lassen wie die Arbeitnehmer. Wir brauchen eine gute Rente, die dafür sorgt, dass auch Menschen mit kleineren Lebenseinkommen im Alter anständig leben können. Einkommen aus Kapital soll wieder genauso besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit, Steuervermeidung internationaler Konzerne und Steuerhinterziehung müssen wir konsequent verhindern.

Ebenso wichtig ist die Gestaltung unserer Arbeitswelt: Angemessene Löhne, die auch in unserer Region für ein gutes Leben reichen. Notwendig dafür sind ein höherer Mindestlohn, starke Gewerkschaften und schärfere Gesetze für die gleiche Bezahlung von Frauen und Män-

nern. Kostenfreie KiTas und mehr Betreuungsangebote schaffen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wenn wir Leiharbeit stärker regulieren und die sachgrundlose Befristung abschaffen, können auch junge Menschen wieder besser für ihre Zukunft planen.



Gegen Mietenwahnsinn und Verkehrskollaps in unserer Region

Eines der drängendsten Probleme unserer Region ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. In der großen Koalition konnten wir dafür u. a. die Mietpreisbremse durchsetzen und die Fördermittel für Wohnungsbau verdreifachen. Aber das reicht noch lange nicht: Wir bekommen unseren Wohnungsmarkt nur in den Griff, wenn der Bund ein groß angelegtes Programm für öffentlich geförderten Wohnungsbau startet. Konzepte zur sozialgerechten Bodennutzung, wie wir sie in Neufahrn festgeschrieben haben, müssen zum Standard in allen Kommunen in unserer Region werden.

Entscheidend für die Mieten und Grundstückspreise ist der Wachstumsdruck, der auf unserer Region lastet. Deshalb ist es wichtig, diesen Druck nicht weiter zu befeuern – allein aus diesem Grund schon ist eine 3. Startbahn am Flughafen völliger Irrsinn, ganz abgesehen von den direkten Belastungen für die Menschen in unserer Region, die Umwelt und das Klima.

Dass das Wachstum unserer Region an Grenzen stößt, zeigt auch der häufige Kollaps unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir brauchen deshalb mehr Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr – für mehr Zuverlässigkeit, schnellere Verbindungen und mehr Kapazitäten – und mehr und bessere Rad(schnell)wege, damit wir den Verkehr von der Straße bringen.



www.
spdneufahrn.de

facebook.com/
spd.neufahrn

Wichtige Punkte aus dem Programm der SPD für ein modernes Deutschland

Bildung



Gute Bildung ist der Schlüssel zur erfolgreichen persönlichen Zukunft. Das bedeutet, jungen Menschen die Zeit zu geben, ihre eigenen Talente zu entdecken – natürlich gebührenfrei von der KiTa bis zum Studienabschluss oder Meisterbrief. Auch muss der Bund den Ländern im Bereich Bildung helfen dürfen.

Familie

Wir wollen Familien stärken, damit mehr Zeit füreinander bleibt. Wir schaffen das durch die Einführung einer Familienarbeitszeit, mit der Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren und monatlich 300 € vom Staat erhalten können. Alle sollen für ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in KiTa und Grundschule wahrnehmen dürfen.



Wohnen

Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben – auch im Großraum München. Deswegen werden wir die zulässigen Mieterhöhungen bei Mieterwechsel oder nach einer Modernisierung begrenzen. Außerdem sollen zum einen der soziale Wohnungsbau verstärkt vom Bund gefördert, zum anderen Familien beim Erwerb von Wohnungseigentum stärker unterstützt werden.

Arbeit



Unseren Wohlstand – heute und in Zukunft – haben wir den arbeitenden Menschen in unserem Land zu verdanken. Dafür verdienen sie Respekt und Anerkennung. Respekt heißt: ordentliche Bezahlung und sichere Arbeit. Deswegen treten wir für Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen ein und wollen die sachgrundlose Befristung abschaffen. Auch wer seinen Job verliert, bekommt mit dem neuen Arbeitslosengeld Q Chancen zur Weiterbildung.

Wirtschaft

Vom erfolgreichen Mittelständler zum weltweit agierende Großunternehmen – die Wirtschaft ist eine Säule unserer Gesellschaft. Damit alle Teile der Gesell-

schaft in Wohlstand leben können, fordern wir eine private und öffentliche Investitionsoffensive in schnelle Glasfaserverbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, Krankenhäuser und Hochschulen.

Europa

Wir müssen die EU im Interesse Deutschlands mit aller Kraft zusammenhalten, denn sie sichert Frieden und Wohlstand auf dem ganzen Kontinent. Um ein modernes Europa Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir uns für eine Reform und Stärkung der Eurozone als Kern der EU einsetzen. Die Eurozone selbst braucht ein Investitionsbudget, um Strukturschwäche und Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Nur ein gerechtes Europa wird so frei und demokratisch, so friedlich und sicher bleiben.

Flucht

Wir bekennen uns zum Recht auf Asyl und stehen solidarisch zusammen, um ankommende Flüchtlinge unter würdigen Bedingungen aufzunehmen. Nach einem fairen Schlüssel sollen die Flüchtlinge innerhalb Europas verteilt werden. Für die Bekämpfung von Fluchtsachen möchten wir die zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und besser ausstatten. Auch die Eindämmung von Rüstungsexporten ist zwingend. Die Außenpolitik der SPD ist dem Frieden verpflichtet.

Rente

Die Rente muss verlässlich sein, auch für zukünftige Generationen.

Unser Ziel ist es, das Rentenniveau dauerhaft auf 48% zu stabilisieren und gleichzeitig mit einer Beitragsatzbegrenzung



auf 22% für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen. Dazu muss mehr Geld aus dem Steueraufkommen in die Rente fließen. Wir lehnen eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters ab.

Stadt und Land

Unsere Gemeinden und Dörfer sind Heimat. In ländlichen Regionen muss die öffentliche Infrastruktur modernisiert werden – schnelles Internet, attraktiver öffentlicher Personennahverkehr, Arztpraxen, Kultur, Freizeit und Sport. Dafür werden wir investieren und ländliche Regionen fördern.

